

FWG/BBL will mehr Gegengewicht zum Bürgermeister

Die Ratsfraktion der Lagenser FWG-BBL beantragt, eine Beigeordnetenstelle für die



Bereiche Schule, Kultur, Musikschule, den bisherigen Fachbereich 3, zu schaffen.
(© Cordula Gröne)

Lage. Die Stadt Lage hat einen Beigeordneten, Thorsten Paulussen ist ein kommunaler Wahlbeamter. Der Rat hat ihn für die Dauer von acht Jahren gewählt. Jetzt hat die FWGFWG//BBBBLL den Antrag gestellt, einen zweiten Geschäftsbereich festzulegen und dann über einen weiteren Beigeordneten zu entscheiden. Damit sollen dem Bürgermeister Zügel angelegt und der Rat gestärkt werden.

Angelika Schapeler-Richter hat die Hintergründe des Antrags ihrer Partei im Rat ausführlich erläutert. "Es geht in diesem Stadium in der Befassung mit unserem Antrag um den Geschäftsbereich eines Beigeordneten und ist somit Angelegenheit der Fraktionen. Der Bürgermeister hat hier kein Mitbestimmungsrecht."

Hintergrund für den Antrag ist, dass im Oktober Klaus Landrock in den Ruhestand geht, sein Fachbereich ist neu aufgeteilt worden. Das Organigramm wurde der Kommunalpolitik vorgestellt. Die dem Fachbereich 3 bislang zugeordneten Bereiche, Schule – Sport – Kultur – Musikschule – Jugend und Soziales, sind laut FWG/BBL "in hohem Maße öffentlichkeitswirksam und prägen in ihrer Außenwirkung das Bild der Stadt in nicht unerheblichem Maße."

Beigeordnete sind dem Rat verantwortlich

Und somit sei es sinnvoll, über einen zweiten Beigeordneten für diesen Geschäftsbereich nachzudenken. Die Position des Beigeordneten sei geschaffen worden als Persönlichkeit, "die ausschließlich gegenüber dem Rat verantwortlich ist und nicht gegenüber dem Bürgermeister."

Die Beigeordneten sind laut Gesetz kommunale Wahlbeamte. Sie werden vom Rat für die Dauer von acht Jahren gewählt. Der Bürgermeister sei nicht berechtigt, Aufgaben zwischen den Geschäftsbereichen zu verlagern. "Das bedeutet, dass sie eigene, der unumschränkten Einflussnahme durch den Bürgermeister teilweise entzogene, materielle Verwaltungszuständigkeiten haben", stellte Schapeler-Richter fest. Es sei offensichtlich Ziel des Bürgermeisters, "eine Beigeordneten freie Verwaltung zu führen und damit das alleinige Sagen zu haben." Der Rat werde geschwächt und "entmache sich selbst".

Fraktionen melden Beratungsbedarf an

Bürgermeister Matthias Kalkreuter stellte klar, dass die Bürgerschaft durch den Rat und den Bürgermeister vertreten wird. Die Hauptsatzung sehe eine Stelle für einen Beigeordneten vor, entsprechend müsse die Satzung geändert werden, wolle man eine zweite Stelle schaffen.

Die Fraktionen bewerteten den Antrag unterschiedlich. Hans Hofste (SPD): "Die erste Vertrauensperson für mich ist der Bürgermeister. Die Koalition redet immer davon, Geld zu sparen, auch beim Personal. In der letzten Zeit hat man eher den Eindruck, Geld spielt keine Rolle." Martina Hannen (FDP) meinte, "dass Misstrauen gegen den Bürgermeister hat nie im Raum gestanden". Uwe Detert (AfD) stellte fest, man müsse in den Ausschüssen das Ganze erst einmal diskutieren. Michael Biermann (CDU) fand unter anderem den Fachbereich 3, das Verhältnis zwischen Verwaltung und Politik und die Stärkung des Rates wichtig. "Das sind Aspekte, die die Überlegung rechtfertigen, ob eine zweite Beigeordnetenstelle zielführend ist." Die Sommerpause soll jetzt für fraktionsinterne Gespräche genutzt werden, im August soll dann die Beratung in den politischen Gremien stattfinden.